

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Rosastr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1330
Circulose Riesa Nr. 82.

Nr. 58.

Donnerstag, 10. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis 1/10 bis 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift, Zeile 6 Silben, 25 Gold-Pfennige; bis 20 mm breite Kettenschrift 100 Gold-Pfennige. Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Zeile 20 Pfennig. Bemittelte Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge "Wagler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gertrudenstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

„Vertrauliche Aussprache.“

(Von unserem Genier Sonderberichterstatter.)
Genf, den 9. März 1927.

Immer mehr verfährt hier das Interesse für die offiziellen Tagungen des Rates. Warf schon die Tagesordnung Fragen auf, die nicht unmittelbar mit den großen Problemen der Weltwirtschaft zusammenhängen, so zeigte auch die Behandlung, die der Rat und die von ihm eingesetzten Unterausschüsse die in Frage, angehenden Themen das ein erschütterndes Grund, sich hier über sie auszusprechen, nicht vorhanden ist. Die Saarlage dürfte durch ein Kompromiß gelöst werden, das, wenn auch nicht vollständig, doch im gewissen Sinne den deutschen Rechtsstandpunkt berücksichtigt. Die von den Polen aufgeworfene Debatte über eine Revision des Spruches Calondera in der obersteinsten Schulangelegenheit dürfte mit einem Ergebnis enden, das den polnischen Ansprüchen nicht recht gibt. So kann die deutsche Öffentlichkeit, wenn überhaupt etwas Konkretes aus dieser Völkerbundtagung herausbringt, diese Sitzungspause wenigstens mit dem Bewußtsein abzu schließen, daß doch immerhin die Fragen der offiziellen Tagesordnung in einer nicht Deutschland abträglichen Art gelöst wurden. Allerdings nur dann, wenn keine „Ueberraschungen“ mehr eintreten. Aber schließlich würde man den ganzen Charakter dieser Ratstagungen verkennen, wenn man diesmal eine solche Möglichkeit als ausgeschlossen betrachten würde.

Wesentlich wichtiger als das offizielle Spiel der Akteure und auch wesentlich interessanter als alles andere ist das, was sich hinter den Kulissen in Genf abspielt. Man hat noch vor Beginn dieser Tagung den „vertraulichen Aussprachen“ der Außenminister eine große politische Bedeutung beigegeben. Es scheint so, als ob von diesen erwarteten Aussprachen nur eine übrigbleiben wird, die nun als entscheidend angesehen könnte: Die deutsch-polnische Aussprache. Dr. Stresemann und der polnische Außenminister Jaleski haben sich nun endlich hinter den Joragan abgetrennten Äußerungen „vertraulich“ gegenübergestellt. Nicht ohne sorgfältige Vorbereitungen. Man kann sagen, nicht ohne Direktiven durch die Herren Chamberlain und Briand. Was der britische Außenminister will, ist nicht schwer zu erraten. Herr Scialoja gab gestern den Fingerzeig. Was andererseits Herr Dr. Stresemann als einziges deutsches Interesse in der Polen-Frage erkennt, dürfte den Akteuren von Genf auch nicht unbekannt sein. So mußte und hatte sich die vertrauliche Unterhaltung zwischen Stresemann und Jaleski nur um eine ganz bestimmte, ganz aus dem Zusammenhang mit den übrigen weltpolitischen Problemen herausgenommene konkrete Angelegenheit zu bewegen: Um die Klärung der Meinungsverschiedenheiten bei den Beratungen des deutsch-polnischen Handelsvertrages. Um sonst nichts. Die Selbstverständlichkeit, daß die deutsch-polnische Privatangelegenheit nicht mit anderen Fragen, so etwa Rheinland-Räumung oder „Locarno des Ostens“ verquickt werden kann, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Diese Gewißheit dürften die „vertraulichen Aussprachen“ Stresemanns mit Briand und Chamberlain den Herren von Paris und London mit genügender Klarheit übermittelt haben.

Im übrigen ist man in Genf im Gegensatz zu den Vorlagen etwas nervös geworden. Mehrere Gerüchte treiben wieder ihr verwirrendes Spiel. Man kombiniert allerlei Geheimnisse in die Aussprache Chamberlains mit Stresemann, besonders, da sie vier Stunden dauerte, was nach Ansicht der Berichtsmacher besagen müßte, daß irgend eine weiterschreitende Entscheidung bevorstehe. Auch die Kommentare der russischen Zeitungen beginnen hier Unbehagen auszulösen. Schließlich muß auch der Schnupfen des Herrn Briand herhalten, um allerlei Gerüchten, die das Gras wachsen hören, neue Nahrung zu geben. Ein Gerücht findet namentlich eine gewisse Bestätigung: Man scheint im Völkerbundrat tatsächlich über- eingekommen zu sein, die nächste Sitzung des Rates im Juni ds. Js. unter dem Vorsitz Chamberlains in Berlin stattfinden zu lassen. Ob wir Deutsche diesen Beschluß Genfs, wenn er wirklich offiziell bekannt gegeben werden sollte, als einen moralischen Erfolg auf das Gewinnkonto buchen sollen? Warum nicht...

Die gestrigen Kabinettsberatungen.

(Berlin.) Ueber die gestrige Sitzung des Reichskabinetts, die die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und die Aufwertungsfrage zum Beratungsgegenstand hatte, weiß der Sozialanzeiger zu melden, daß in der ersten Frage der Führer der deutschen Delegation, Ministerialdirektor Dr. Hoffe, über die bisherigen Verhandlungen referierte. Das Kabinetts habe von den Verhandlungen Dr. Hoffes zum Kenntnis genommen, jedoch sollen noch weitere Besprechungen in einem engeren Ausschuss über diese Frage stattfinden. Dr. Hoffe werde heute nach Paris zurückkehren, wo die Verhandlungen alsbald fortgesetzt werden sollen.

Die Besprechung des Kabinetts über die Aufwertungsfrage soll zu dem Ergebnis geführt haben, daß Reichsjustizminister Gerat heute im Reichshaus des Reichstages eine Regierungsverklärung darüber abgeben werde, in welcher Weise das Kabinetts einen Ausbau der Aufwertungsfrage insbesondere hinsichtlich einer Verkleinerung der Ausgabemenge an die Reichsbank für möglich hält.

Aussprache über die Wohnungsfragen.

Die Winterbeihilfen an notleidende Bedürftige in Höhe von 3,155 Millionen bewilligt.

Sächsischer Landtag.

11. Dresden, 9. März.

Haus und Tribünen sind auf Befehl. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Finanzminister Weber einen Ministerialrat gegen unerschöpfliche Anträge des Abgeordneten Dr. Oberle (Dn.) in der letzten Sitzung in Schutz und teilt mit, daß der Betreffende nicht aus eigener Initiative, sondern im Auftrage des Volksbildungsministeriums gehandelt habe, als er die Museumsbaupläne bearbeitete. Abg. Dr. Oberle (Dn.) erklärt, er habe den Beamten nicht kränken, sondern an diesem Beispiel nur zeigen wollen, daß die Aufstellung des Etats nicht die notwendige Sorgfalt in der Prüfung der Finanzlage des Staates erwiesene habe.

Einem Vorschlag des Präsidenten, den Entwurf eines Schuländerungsgesetzes ohne Vorberatung an den Reichsausschuss zu verweisen, wird von den Deutschnationalen widersprochen. Der Entwurf wird nunmehr morgen zur Beratung gelangen.

Den ersten Veranlassungsgegenstand bildet die Vorlage über die Aufnahme eines neuen Titels bei Kap. 8 des Staatshaushaltsplanes, betr. einen einmündigen Sonderauschuss an Bezirksfürsorgeverbände zur Bewilligung von Winterbeihilfen an notleidende Bedürftige.

Der Ausschuss beantragt, die Regierung zu ersuchen, 3.155.000 RM. bereitzustellen und zu veranlassen. Die Sozialdemokraten beantragen, den Betrag auf 10 Millionen RM. zu erhöhen.

Abg. Dr. Schminde (Komm.) wendet sich in scharfen Worten gegen die Sozialdemokratie, die nur dazu beitrage, die Einheitlichkeit des Parlamentes zu zerbrechen und erklärt dann unter großer Heiterkeit des Hauses, keine Partei werde heute für den Auschussantrag stimmen, den sie im Ausschuss selbst abgelehnt hätte.

Abg. Müller-Wittweide (Soz.) vertritt den Minderheitsantrag seiner Partei.

Finanzminister Weber weist dem Vorredner gegenüber darauf hin, daß die Regierungsvorlage bewende, den Kreis zu helfen, die von der Reichsfürsorge nicht getroffen würden. Die Regierung sei den Wünschen des Landtags entgegengekommen und habe sich mit der Erhöhung der Summe auf 3.155.000 RM. einverstanden erklärt. Die Bewilligung von 10 Millionen müsse sie aber ablehnen, da hierzu die Mittel fehlen.

Abg. Siegert (Dn.): Seine Partei habe im Ausschuss die Regierungsvorlage vertreten, sei aber sehr verwundert darüber gewesen, daß selbst Parteien, die der Regierung angehören, für einen Antrag stimmten, der weit über die Regierungsvorlage hinausginge. Nachdem nun aber selbst die Regierung diese Erhöhung gebilligt, würden auch die Deutschnationalen für den Auschussantrag stimmen.

Abg. Mack (Aufw. P.) weist darauf hin, daß seine Partei wohl für die Auswertung von 10 Millionen eingetreten sei, dann aber die Bedeutung der Regierung gewürdigt habe. Er bitte um Bewilligung der 3 Millionen und ihre Verteilung nur an die Familien.

Abg. Viehmann (Soz.) rechnet mit seinen kommunistischen Freunden ab, denen er vorwirft, daß sie im Ausschuss eine ganz unfinnige Haltung eingenommen hätten, die sie heute durch Madax zu verdecken suchten. Er beschwert sich über die Schimpereien der Kommunisten und ruft ihnen zu: „Nun sieht man wenigstens, was ihr für Ziel seid!“ Auf Hütcher und seine Freunde rufe der Verd.: „Er hat die Knochen wie ein Gaul und eine freche Stirn“, dazu ein furchtbar großes Maul und nur ein kleines Hirn.“ (Heiter.)

Präsident Schwarz: Zur Sache gehört das nicht. Der Minderheitsantrag auf Bewilligung von 10 Millionen wird mit 16 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Mit den Linksozialisten und Kommunisten stimmen die beiden Nationalsozialisten.

Darauf wird der Auschussantrag einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung über den kommunistischen Antrag betr. die

Erwerbslosigkeit im Malergewerbe.

Der Antrag wird nach kurzer Aussprache entsprechend den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Annahme findet auch der Minderheitsantrag, die Arbeiten, soweit dies möglich ist und die Einrichtungen dazu vorhanden sind, in eigener Regie vorzunehmen oder nur an solche Firmen zu vergeben, die sich verpflichten, unter Einhaltung der tariflichen Bestimmungen Gehilfen von den Arbeitsnachweiser anaufordern.

In gleichsam Beratung werden sodann die vorliegenden 14 Anfragen und Anträge genommen, die sich mit der Entwicklung und Ausgestaltung der

Schulkreuzer Hamburg ist im Vigs.

(Berlin.) Schulkreuzer Hamburg ist am 8. März in dem nordspanischen Hafen Vigo eingelaufen und wird von dort voraussichtlich am 11. März in See gehen.

Sächsischen Wohnungsgefechtung

besaffen. Abg. Dr. Kahner (Dem.) begründet den Antrag seiner Partei, die Regierung zu ersuchen, bei einer einmaligen Vorkörung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume unbedingt des gesetzlichen Vorkörungsrechtes des Vermieters in ausreichendem Maße durch Uebergangs- und Schutzbestimmungen dafür Sorge zu tragen, daß die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Mieter, namentlich solcher, die schon längere Zeit die gleiche gewerbliche Niederlassung inne haben, geschützt werden.

Abg. Müllig (Dp.) begründet die Anfrage der Dp.: Wie steht die Regierung zur Frage der Vorkörung der Zwangswirtschaft großer, teurer Wohnungen und gewerblich genutzter Räume? Er bekämpft sich dabei als Anhänger der freien Wirtschaft, weshalb an die Aufhebung des letzten Restes der Zwangswirtschaft im Wohnwesen geschritten werden müsse. Sicherungen müßten aber gegenüber den Mietern durchaus bestehen, und diese nicht er vor allen Dingen in der Begrenzung der Höhe der Miete und in der Einführung eines Vertragszustandes zwischen Mieter- und Vermieter, wie wir ihn vor dem Krieg gehabt haben. Im Interesse sowohl des Vermieters als auch des Mieters liegt es, möglichst reibungslos aus der Zwangswirtschaft in die freie Wirtschaft hinüberzukommen. Was die Forderung des Gesetzes über den Geldwertverwandsausgleich anbetrifft, so stehe auch seine Partei auf dem Grundsatze, daß die Parteien vorhanden seien, die unbedingt befriedigt werden müßten. Diese Härten treffen vor allem Handel und Gewerbe, die durch eine hohe Hausinsolvenz besonders schwer belastet werden. Er bittet darum das Finanzministerium, seine unteren Instanzen anzuweisen, daß bei der Handhabung dieses Gesetzes möglichst entgegenkommend verfahren werde und Härten soweit wie irgend möglich aus der Welt geschafft werden sollen. Die Dp. sei durchaus für ein schnell durchzuführendes Bauprogramm und seine Finanzierung. Freilich sei das weniger Sache der Länder als Sache des Reiches und der Gemeinden. Mit aller Energie müsse man sich allerdings dagegen erklären, daß das Wohnungsbauprogramm in der Regie, die einer Sozialisierung gleichläufig, durchgeführt werden soll. Auch hier würde es das einmale richtige sein, möglichst weitgehende Veranlassung des privaten Baugewerbes.

Abg. Reuner (Komm.) vertritt die Anträge seiner Partei auf Änderung der Mietrechtsbestimmungen, betr. des Wohnungsbauprogrammes und richtet eine Anfrage an die Regierung wegen angeblicher Abmachungen über Mietrechtsbildung und Vorkörung des Mieterrechtes bei der Mietrechtsbildung.

Abg. Müller-Planitz (Soz.) legt die Anträge seiner Partei über Mietrechtsbestimmungen und Wohnungsbauprogramm vor.

Abg. Frau Dr. Ullrich-Beil (Dem.) fordert, entsprechend dem Antrag ihrer Partei unverzügliche Fortsetzung eines Wohnungsbauprogrammes für die nächsten fünf Jahre, das nicht nur den in diesem Jahre wieder erreichten laufenden Friedensjahresbedarf von 16.000 Wohnungen deckt, sondern das auch die Möglichkeit schafft, den Wohnungsbedarf aus den Kriegs- und Nachkriegsjahren in Höhe von 45.000 Wohnungen zu stellen. Weiter sollen die übrigen Länder im Reichsrat zu einem gleichen Vorgehen veranlaßt und auf die Reichsregierung einwirken werden, daß sie ungehindert die Finanzierung des Wohnungsbaues in die Hand nimmt.

Abg. Enterslein (Wirtschaftspartei) begründet den Antrag seiner Partei, den Paragraphen 4 des Gesetzes über den Geldwertverwandsausgleich bei Erweiterung, daß die Betragsvorschriften auch für gewerbliche Räume gelten.

Abg. Grellmann (Dn.) legt den Antrag seiner Fraktion vor, dem Gesetz über den Geldwertverwandsausgleich bei bebauten Grundstücken den Satz anzufügen, daß Mieterern kann bis zu 5 Prozent des Nutzungswertes an der Aufwertungssteuer belassen werden, wenn sie nachweisen, daß sie im Rechnungsjahr einen der Höhe des Erlases entsprechenden Betrag zur Erhaltung von Altwohnungen verwendet haben.

Abg. Vagenhecher (Dn.) beantragt, das Gesetz dahingehend abzuändern, daß von der Besteuerung ausgenommen sein sollen Gebäude und Gebäudeteile, soweit sie lands- oder forstwirtschaftlichen oder ähnlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind. Als solche Häuser sollen auch die Gasthöfe und Werkwohnungen gelten.

Darauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag vorm. 11 Uhr: Schuländerungsrecht, Antisemitengesetz, kommunistischer Mietaufschubgesetz gegen den Arbeitsminister Götner, kommunistische Anträge auf Entwertung der sächsischen Schlichter und Regelung der Arbeitszeit, Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Das Großflugzeug auf dem Flug nach Italien.

(Berlin.) Wie die Abendblätter aus Wien melden, hat das deutsche Junkers-Großflugzeug C 31 gestern um 1 Uhr nachmittags seinen Propagandaflug nach Venedig best. Rom fortgesetzt.